

die Verheißungen; welcher auch sind die Väter, und aus welchen Christus herkommt nach dem Fleisch, der da ist Gott über alles, gelobt in Ewigkeit. Amen.

Liebe Brüder, meines Herzens Wunsch ist, und ich flehe auch zu Gott für Israel, daß sie gerettet werden. Denn ich gebe ihnen das Zeugnis, daß sie eifern um Gott, aber mit Unverstand. Denn sie erkennen die Gerechtigkeit nicht, die Gottes ist, und trachten, ihre eigene Gerechtigkeit aufzurichten, und sind so der Gerechtigkeit Gottes nicht untertan. Denn Christus ist des Gesetzes Ende; wer an den glaubt, der ist gerecht. (Röm 9,1-5 und 10,1-4)

Wortlaut in: Lutherische Rundschau 26 (1976) 67-74.

E.I.14

KONSULTATION DES ÖKUMENISCHEN RATES DER KIRCHEN

Memorandum zur Lage im Nahen Osten vom Oktober 1975

Unter dem Eindruck der politischen Lage im Nahen Osten nach dem Jom-Kippur-Krieg vom Oktober 1973 und angesichts der Diskussion in den Vereinten Nationen über Zionismus und Rassismus berief der Ökumenische Rat der Kirchen eine Konsultation zur Vorbereitung der Vollversammlung in Nairobi nach Cartigny/Schweiz ein. An der Konsultation vom 24. bis 28. Oktober 1975 nahmen Christen aus westlichen, orthodoxen und arabischen Kirchen teil. Sie verabschiedeten einstimmig folgendes Memorandum (vgl. auch E.I.16):

DIE UNIVERSALE CHRISTLICHE VERANTWORTUNG IM BLICK AUF NAHOST

I. Die politische Situation

1. Der Nahe Osten bleibt eine Region großer Sorge für unsere Kirchen, weil die Bedrohung des Weltfriedens aus diesem ungelösten Konflikt durch die Eskalation militärischer Macht seitens der am Konflikt beteiligten Parteien verstärkt wird. Zusätzliche Schwierigkeiten resultieren aus einem möglichen Öl-Embargo der arabischen Staaten und der Reaktion darauf. Deshalb ist ein sofortiges, verantwortliches Handeln der Kirchen dringend erforderlich.

2. Wir erkennen einen internationalen Konsens in der Übereinstimmung über folgende Punkte für eine friedliche Lösung des Konflikts in Nahost:

- Rückzug der Israelis aus 1967 besetzten Gebieten,
- das Recht aller Staaten, d. h. Israels und der arabischen Staaten, in Frieden in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben,
- die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung.

Die Tatsache, daß diese Grundlagen in steigendem Maße von am Konflikt beteiligten Parteien anerkannt werden, ist ein Zeichen der Hoffnung.

Die Konsultation erinnert daran, daß einige arabische Staaten nach dem Oktober 1973 die Bereitschaft erklärt haben, mit Israel zu einer Übereinstimmung zu gelangen, die auf den genannten Grundlagen basiert – im Rahmen der Genfer Konferenz unter Teilnahme des palästinensischen Volkes, wie es in der PLO vertreten ist, der die UNO einen Beobachter-Status zuerkannt hat.

3. Die Konsultation muß aber auch feststellen, daß der Verhandlungsforgang trotz dieser Bereitschaft verzögert wird. Israel fürchtet, daß einige seiner Nachbarn sowie die PLO nicht ernsthaft in Frieden mit ihm leben wollen. Die arabischen Staaten und die Palästinenser glauben, daß Israels Haltung aus einer Ablehnung der UNO-Resolutionen stammt.

Während das zweite Entflechtungsabkommen im Sinai Vertrauen zwischen Ägypten und Israel schaffen könnte, berührt es natürlich nicht die Befürchtungen und Spannungen, die zwischen Israel und anderen Nachbarstaaten sowie den Palästinensern bestehen. Letztere befürchten, daß dieses Abkommen dazu dienen könnte, den gegenwärtigen Status quo auf unbestimmte Zeit zu verlängern, und so zu einem neuen Krieg führen könnte.

Deshalb sollte dem Entflechtungsabkommen im Sinai möglichst rasch die Wiederaufnahme der Genfer Konferenz folgen, um die Grundsätze der UNO-Resolutionen zu verwirklichen.

Es ist wahr, daß die Beteiligten bisher nicht genügend Vertrauen hatten, um einen Dialog zu beginnen. In letzter Zeit haben jedoch Menschen auf beiden Seiten öffentlich ein genügendes Maß an Vertrauen bekundet, so daß Verhandlungen beginnen könnten. Volles gegenseitiges Vertrauen ist nicht Voraussetzung für Verhandlungen, es kann nur ein Ergebnis von Verhandlungen sein.

4. Die Konsultation ist der Überzeugung, daß die Genfer Verhandlungen vor allem die vorrangig am Konflikt beteiligten Seiten erfassen sollten, nämlich die Israelis und die Palästinenser. Wir erkennen die Schwierigkeiten an, die die Israelis im Blick auf Verhandlungen mit der PLO haben, die sie mit Terrorismus identifizieren. Und doch glauben wir, daß der Terrorismus, den wir verabscheuen, nur ein Aspekt in der allgemeinen Atmosphäre von Gewalt ist, die in der gegenwärtigen Situation herrscht, und daß, sobald die Verhandlungen erst einmal begonnen haben, alle militärischen Aktionen, einschließlich der terroristischen, aufhören müssen.

Außerdem sollte die volle gegenseitige Anerkennung nicht Voraussetzung für Verhandlungen sein, sondern sollte als Ergebnis von Verhandlungen angesehen werden.

5. Frieden in der Region muß auf Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Beteiligten beruhen; das Wohlergehen der einen Seite hängt von dem der anderen ab. Deshalb fordert die Konsultation die Kirchen auf, an der Entwicklung gegenseitigen Vertrauens zwischen den Konfliktparteien mitzuhelfen, indem sie die Verhandlungen unterstützen. Wir begrüßen die positiven Möglichkeiten, die die Kirchen oder Gruppen innerhalb der Kirchen durch ihre verschiedenen Kontakte und Freund-

schaften haben, die Verwirklichung von Vertrauen und Frieden zu unterstützen. Zum Beispiel sollten die von uns, die engen Kontakt zu Israelis oder zu Juden außerhalb Israels haben, dabei helfen, die Wahrnehmungsmöglichkeiten für bestehende Friedenschancen und die Dringlichkeit, daß diese Chancen ergriffen werden, zu stärken. Umgekehrt sollten die von uns, die engen Kontakt zu Arabern und besonders zu Palästinensern haben – und hier haben die Kirchen des Nahen Ostens eine besondere Aufgabe – dabei helfen, die Befürchtungen der Israelis verständlich zu machen.

Zusätzlich dazu haben alle Kirchen eine Verantwortung dafür, daß ihre Gremien genauere Informationen über und ein sensibleres Bewußtsein für die verschiedenen Dimensionen des Nahostkonflikts erlangen. Die Kirchen könnten so dazu beitragen, daß ihre Mitglieder und die Regierungen ihrer Länder ein verantwortliches Engagement für eine friedliche Lösung entwickeln.

II. Jerusalem

Wir erkennen die Komplexität und die emotionalen Implikationen, die mit der Frage nach dem zukünftigen Status von Jerusalem zusammenhängen, an. Und doch glauben wir, daß diese Frage innerhalb des Rahmens eines Friedens im Nahen Osten gesehen werden muß. Es ist vor allem notwendig, sich der verschiedenen, sich überschneidenden Spannungsbereiche um diese Stadt bewußt zu werden.

1. Jerusalem ist Juden, Christen und Muslimen heilig. Von daher sind sie alle dazu verpflichtet, an der Schaffung von Bedingungen zusammenzuarbeiten, die sicherstellen, daß Jerusalem eine Stadt ist, die den Anhängern aller drei Religionen offensteht, wo sie sich treffen und zusammen leben können.

2. Wir erinnern daran, daß derzeit Israel ganz Jerusalem kontrolliert, daß es die Verwaltung und Gesetzgebung über alle Bezirke der Stadt übernommen hat. Wir stimmen darin überein, daß solche einseitigen Maßnahmen den Status der Stadt nicht entscheiden sollten.

Wir glauben, daß Jerusalem allen gemeinsam sein sollte. Entsprechend kann nach unserer Meinung eine zuverlässige Lösung für den zukünftigen politischen und rechtlichen Status von Jerusalem als ganzem nur in Zusammenarbeit aller Beteiligten gefunden werden. Die zunächst beteiligten Parteien sind das israelische und das palästinensische Volk, einschließlich der Bewohner Jerusalems. Aber ebenso müssen die Lebensinteressen der arabischen Staaten und der drei monotheistischen Religionen voll berücksichtigt werden.

3. Seit dem 19. Jahrhundert sind einige Kirchen in Jerusalem entstanden, die unter dem Einfluß und der Kontrolle von Ausländern und ihren ausländischen Institutionen stehen, ein Einfluß, der über die Grenzen kanonischer Beziehungen hinausgeht. Andere Kirchen sind unter solchen Einfluß geraten. Den Kirchen vor Ort muß dabei geholfen werden, ihre Abhängigkeit zu überwinden, so daß sie ihren Dienst tun können. Frei von äußerer Vorherrschaft können sie einander näherkommen und so fähig werden, ihren Teil zu der Versöhnung mit den anderen Gemeinschaften, denen Jerusalem heilig ist, beizutragen.

4. Der besondere Respekt vor den christlichen heiligen Stätten erfordert es, daß diese Heiligtümer nicht bloße Besuchs-Denkmäler werden, sondern daß sie Orte lebendigen Gottesdienstes sind, integriert in christliche Gemeinden, die ihr Leben und ihre Wurzeln in der heiligen Stadt erhalten.

Die besondere Gesetzgebung, die die Beziehungen zwischen den christlichen Gemeinden und der Verwaltung regelt, garantiert durch internationale Verträge (Paris und Berlin) und durch den Völkerbund, bekannt als Status quo der Heiligen Stätten, muß in jeder Vereinbarung über Jerusalem voll gesichert und bestätigt werden.

III. Dialog zwischen Christen, Juden und Muslimen

1. Als Beitrag zum Frieden im Nahen Osten sollte der ÖRK Gespräche fördern, die zu einem besseren Verständnis zwischen den genannten religiösen Gruppen führen. Solche Gespräche sollten nicht nur die religiösen Faktoren berücksichtigen, sondern ebenso die Dynamik der Lebenswirklichkeit der beteiligten Menschen.

2. Aus geschichtlichen, kulturellen und theologischen Gründen sollte ein kontinuierliches Gespräch zwischen den Kirchen im Nahen Osten und Kirchen aus anderen Regionen – sowohl östlicher wie westlicher Tradition – eingerichtet werden. Dieses Gespräch sollte sich auf die Forderungen an den christlichen Glauben konzentrieren, wie sie aus der Situation in Nahost entstehen. Ein solches Gespräch könnte den Kirchen auch dabei helfen, die Grundlage für einen echten Dialog mit Juden und Muslimen zu definieren.

3. Der Dialog mit Juden sollte zu einem Verständnis des jüdischen Glaubens und der jüdischen Identität führen, er sollte ebenso die verschiedenen Aspekte gegenwärtiger jüdischer Erfahrungen thematisieren. Dieser Dialog muß sich den Traumata der Vergangenheit stellen, um sie zu überwinden und neue Zukunftshoffnung zu erschließen.

Der Dialog zwischen westlichen Christen und Juden in Israel sollte nicht als Ersatz für Begegnungen zwischen nahöstlichen Christen und Juden angesehen werden, so schwierig diese auch sind. Entsprechend sollten die westlichen Christen, die in den Nahen Osten kommen, die Gegenwart und die Sorgen der Christen vor Ort ernst nehmen.

4. Der Dialog mit Muslimen sollte intensiviert werden, damit Vorurteile gegenüber Muslimen ausgeräumt werden können. Er sollte zu einem Verständnis für die geistlichen und theologischen Werte des Islam führen, für sein Verhältnis zum Christentum und seinen Beitrag für die Entwicklung der Weltgemeinschaft.

5. Diese beiden Dialoge von Christen mit Juden und Muslimen sollten in einem Trialog enden, der auf ein besseres Verständnis zwischen den drei monotheistischen Religionen zielt. Dies könnte ein einzigartiger Beitrag für Versöhnung und Frieden in Jerusalem und im Nahen Osten sein, sowie für Frieden in der Welt als solcher.

Englischer Wortlaut in: CCJP newsletter (4/1975) 5-8; eigene Übersetzung.